

Soziale Verteidigung in der Ukraine?

Bisherige Ansätze und weitere Perspektiven

Der Krieg in der Ukraine hat weltweite Proteste ausgelöst – und auch heftige Diskussionen darüber, wie eine effektive Unterstützung der Ukrainer*innen aussehen könnte. Eine „Zeitenwende“ wurde konstatiert und selbst ehemals Friedensbewegte sehen zum Teil nur noch militärische Verteidigung als einzig wirksames Mittel an gegen einen solchen Krieg.

Auch Teile der GRÜNEN scheinen vom Pazifismus abgerückt zu sein, obwohl gerade aus ihren Kreisen das Konzept der Sozialen Verteidigung tatkräftig vorangebracht worden war – z.B. durch Petra Kelly und Roland Vogt, die auch Gründungs- und Vorstandsmitglieder des Bundes für Soziale Verteidigung (BSV) waren.

Jetzt, wo es ernst wird, ist es für manche also vorbei mit „Frieden schaffen ohne Waffen“?

Dabei ist Soziale Verteidigung genau **die** Antwort auf einen solchen militärischen Angriff im Atomzeitalter!

Zurückhaltung wurde zum Teil angemahnt, weil den Ukrainer*innen nicht von außen irgendwelche Ratschläge und Rezepte aufgedrückt werden sollten, deren Konsequenzen sie und nicht wir in unseren „warmen Wohnzimmern“ aushalten müssten. Das ist einerseits nachvollziehbar, andererseits verursacht der Krieg Tag für Tag neue Opfer und Zerstörungen.

In dieser Situation war - und ist es immer noch - sehr hilfreich, von bereits existierenden Ansätzen Sozialer Verteidigung in der Ukraine zu erfahren. Diese Aktionen gewaltfreien Widerstands sind bei uns leider nicht so medienwirksam vermittelt worden wie die Klage über angeblich zu wenig Waffenlieferungen und die Würdigung des militärischen Widerstands der ukrainischen Kämpfer und Kämpferinnen.

Ich möchte deshalb im Folgenden Beispiele gewaltfreien Widerstands in der Ukraine von 2004 und 2022 vorstellen, die uns zeigen, dass wir die Idee der Sozialen Verteidigung nicht in die Ukraine „exportieren“ müssen. Sie sind darin schon ein Stück weit erfahren – vielleicht mehr als wir - und wenden ihre Methoden auch im gegenwärtigen Krieg an!

Abschließend möchte ich all die theoretischen und praktischen Elemente des

nichtmilitärischen Widerstands in ein „Aktionskonzept für die Beendigung des Krieges“ überführen, das sich auf den gegenwärtigen Krieg in der Ukraine bezieht.

Vorausschicken möchte ich eine Betrachtung der gegenwärtigen politischen Diskussion, die eher polarisiert als gemeinsamen Erkenntnisgewinn generiert.

Folie 2:

Ausgangspunkt sind die gegensätzlichen Lager der „Bellizist*innen“ und der „Pazifist*innen“, um sie einmal mit diesen 'Kampfbegriffen' zu beschreiben.

Während ich mich gerne zum „Pazifismus“ bekenne, wird es umgekehrt sicherlich anders sein. „Bellizismus“ hört sich schon aggressiver und abwertender an. Die Menschen, die diesem Lager zugerechnet werden, werden z.B. als „Kriegstreiber“ betitelt, die Menschenleben verheizen, im Schwarz-Weiß-Denken verharren und den politischen Gegner, insbesondere den russischen Präsidenten Putin, dämonisieren.

Umgekehrt wird den Pazifist*innen unterstellt, dass sie Gewalt und Unrecht hinnehmen würden und ihre Option die Unterwerfung bzw. Kapitulation sei. Insgesamt wird ihnen oft tatenlose Passivität und Weltfremdheit unterstellt.

Eine konstruktive Diskussion oder gar Überzeugungsarbeit wird auf dieser Grundlage kaum gelingen.

Wie wäre es damit, auch den positiven Kern der Haltung der jeweils anderen Seite anzuerkennen und zu würdigen?

Zum Beispiel, dass die Befürworter*innen militärischer Verteidigung für Widerstand gegen Unrecht plädieren und ihnen Freiheit und Selbstbestimmung große, verteidigungswürdige Werte sind. Und dass sie bereit sind, aktiv dafür einzutreten mit Einsatzbereitschaft und Mut.

Wenn wir ihnen von Seiten der Gewaltfreiheits-Befürworter*innen solche positive Haltungen zugestehen könnten, würden sie vielleicht auch eingestehen, dass Pazifismus durchaus Widerstand beinhaltet - nur eben ohne Waffen - und dass es um den Schutz von Menschenleben, Infrastruktur, Natur und Klima geht. Und letztlich auch um die Verhinderung einer Eskalation bis hin zum Atomkrieg. Die eingesparten immensen Geldbeträge, die für die Rüstung und die Kriegsfolgen

ausgegeben werden müssen, könnten dann für die sozialen und ökologischen Maßnahmen eingesetzt werden, die so dringlich umgesetzt werden müssten! Und letztlich fordert Gewaltfreiheit eben auch Einsatzbereitschaft und Mut.

Folie 3

Vielleicht könnte auf diesem Weg auch von Militär-Befürworter*innen eingestanden werden, dass die Gewaltfreien mit der Sozialen Verteidigung durchaus ein bedenkenswertes Konzept haben, das auch ihren eigenen Werte mit einschließt.

Nämlich:

Aktiver gewaltloser Widerstand gegen Unrecht zum Schutz von Menschen und ihren Lebensräumen und für die Erhaltung von Freiheit und Selbstbestimmung.

Kommen wir jetzt zum Thema Ukraine-Krieg zurück und schauen uns verschiedene Widerstandsbewegungen und Aktionen an, die dort tatsächlich schon stattgefunden haben.

Folie 4

Ganz bedeutsam ist in diesem Zusammenhang die sogenannte „Orange Revolution“ im Jahr 2004:

Dort kamen am 22. November 2004 mehr als 100.000 Menschen auf dem Maidan-Platz in Kiew zusammen und protestierten gegen den offensichtlichen Wahlbetrug bei der vorangegangenen Präsidentschaftswahl, bei der der vormalige Ministerpräsident Wiktor Janukowytsch zum Sieger erklärt wurde.

Ab dem 23. November 2004 fingen massive Proteste und Demonstrationen in einigen westlichen Städten der Ukraine an.

Kiew, Lwiw und einige andere Städte lehnten es ab, die Legitimität der Wahlen zu bestätigen. Nachdem Janukowytsch offiziell als Wahlsieger bestätigt worden war, wurde seitens des Gegenkandidaten Juschtschenko beschlossen, die Regierung mit Generalstreiks, Blockaden und Sitzblockaden zu behindern.

Folie 5

Am 27. November versammeln sich 1,5 Millionen Menschen im Zentrum von Kiew und die Proteste im ganzen Land halten wochenlang an. Schließlich sieht sich der Oberste Gerichtshof der Ukraine gezwungen, die Stichwahl am 26. Dezember

wiederholen zu lassen. Mit 51,9 % - einem sehr knappen Ergebnis – wird Wiktor Juschtschenko neuer Präsident der Ukraine.

(Neben ihm **Julija Tymoschenko**, die andere Hauptperson der Orangen Revolution.)

Folie 6

„Bemerkenswert ist die Disziplin auf beiden Seiten“, heißt es in einem Bericht über die Ereignisse. „Zwischenfälle sind äußerst selten, obwohl die Anhänger beider Kandidaten oft direkt nebeneinander demonstrieren. Damit beweist die ukrainische Bevölkerung eindringlich ihr Interesse und ihre Fähigkeit, politische Konflikte ohne Waffengewalt, friedlich und demokratisch zu lösen. Das hebt sie bis heute von vielen Nachfolgestaaten der Sowjetunion ab.“

(www.dreizackreisen.de/orange-revolution-ukraine-geschichte-demokratie)

Folie 7

Bei der unblutigen Orangen Revolution von 2004 starben, im Gegensatz zu den späteren „Euromaidan“-Protesten vom November 2013 bis 2014, keine Menschen!

Folie 8

2015 führte das Kiewer Internationale Institut für Soziologie (KIIS) eine repräsentative landesweite Umfrage durch, in der zum ersten Mal die Präferenzen der Ukrainer*innen für den Widerstand im Falle einer ausländischen bewaffneten Invasion und Besetzung ihres Landes ermittelt wurden.

Die Umfrage fand kurz nach den Euromaidan-Protesten sowie der Einnahme der Krim und der Donbass-Region durch russische Truppen statt, als man erwarten konnte, dass die ukrainische Öffentlichkeit die Verteidigung des Mutterlandes mit Waffengewalt stark befürworten würde.

Die Ergebnisse zeigten jedoch eine überraschend starke Unterstützung für eine Alternative zur bewaffneten Verteidigung: die gewaltfreie Verteidigung unter ziviler Führung.

29 % der Befragten sprachen sich für gewaltlosen Widerstand im Falle einer bewaffneten ausländischen Aggression aus, **26%** im Falle einer Besetzung der Ukraine.

Der **bewaffnete Widerstand** wurde dagegen von **24 %** bzw. von **25 %** unterstützt.

11% (12%) würden ins Ausland gehen

18% (19%) wollten nichts tun

Maciej Bartkowski (27.12.21): Ukrainer gegen Putin: Potenzial für gewaltfreie zivile Verteidigung?

Folie 9

Bemerkenswert ist auch, dass **35%** der Ukrainer*innen der Meinung waren, dass diese **alternative Form des Widerstands** ein wirksames **Mittel zur Verteidigung gegen einen ausländischen Gegner mit einem stärkeren Militär sein könnte** – gegenüber **34%**, die **militärische Verteidigung** als wirksamer ansahen.

Folie 10

Aufgrund dieser praktischen Erfahrungen in den vergangenen Jahren und der ermittelten Umfragewerte von 2015 wundert es einen nicht, dass der russische Angriff im Februar 2022 auch auf gewaltlose Widerstandsformen traf. Allerdings sind diese, wie bereits gesagt, wenig bekannt bzw. bekannt gemacht worden. Deshalb möchte ich einige von diesen Widerstandsformen kurz vorstellen, bevor wir dann zu einem umfassenden Aktionsplan für die sofortige Beendigung des Krieges kommen werden.

Folie 11

Schon beim Einmarsch der russischen Truppen wurden sie durch umgestaltete oder neu gemachte Straßenschilder desorientiert und mit dem Widerstand der ukrainischen Bevölkerung konfrontiert.

Im linken Bild weisen die Richtungspfeile alle nach Den Haag, dem Sitz des Internationalen Strafgerichtshofs.

Das Foto daneben zeigt eine andere Botschaft, mit der ein Straßenverkehrsschild überzogen worden ist: *„Russische Soldaten: Stoppt! - Putin hat verloren. Die ganze Welt ist mit der Ukraine!“*

Ein anderes, gleichlautendes „Verkehrsschild“ mahnte zusätzlich: *„Verlasst die Ukraine ohne Blut an den Händen!“*

Folie 12

In Kiew haben die Bürger*innen Material-Blockaden gegen die Militärfahrzeuge aufgebaut, die diese wohl nicht immer aufhalten konnten, aber erst einmal zum Anhalten zwangen und gezeigt haben, dass die Bevölkerung nicht von den Aggressoren „befreit“ werden wollen.

Folie 13

Im Nachbarland Belarus haben Bahnarbeiter*innen die Eisenbahnlinien, die in die Ukraine führen, sabotiert und die russische Nachschubversorgung durch Züge unmöglich gemacht. Die russische logistische Situation nahe Kiew wurde noch schlechter als schon zuvor.

Folie 14 - 16

Die Menschen in der Ukraine stellten sich den Okkupanten mit ukrainischen Fahnen entgegen, / bevölkerten die Plätze / und stellten sich Militärfahrzeugen in den Weg (wie hier in Cherson).

Folie 17

Tausende von Ukrainer*innen blockierten russische Panzer vor dem Atomkraftwerk in Zaporizhzhia.

Folie 18

Aber auch in Russland kommt der Protest an. Der "Guardian" meldete, dass dort bereits über 4.300 Menschen bei Anti-Kriegs-Protesten verhaftet wurden.

Folie 19

Das linken Foto unten zeigt, dass die Protestierenden auch weiße Plakate hochhielten, da ja Anti-Kriegs-Zeichen verboten sind und zu sofortiger Festnahme führen. Laut einer unabhängigen russischen Menschenrechts-Organisation (OVD-Info) wurden bis zum 20. März 2022 bereits über 15.000 Menschen bei Anti-Kriegs-Protesten verhaftet, die in über 50 russischen Städten stattfanden.

Der Krieg wird sicherlich nicht allein durch solche Proteste beendet werden - auch nicht durch eine militärische Übermacht. In der Regel sind Verhandlungen erforderlich, um einen Waffenstillstand zu erwirken und letztendlich den Krieg zu beenden.

Folie 20

Der bekannte österreichische Friedens- und Konfliktforscher Prof. Friedrich Glasl hat in einem viel beachteten Online-Vortrag am 24.3.2022 folgende wichtige Punkte für friedlichen Protest und für die Erzielung erfolgreicher Verhandlungsergebnisse zusammengetragen. Ich möchte einige Punkte des Katalogs aufgreifen.

Wichtig ist nach Glasl, dass es viele Zugänge geben muss, um einen Friedensprozess zu bewirken. Diese realistische Sicht auf politische Prozesse fehlt den öffentlichen Kontroversen leider häufig.

Es kommt darauf an, die Konflikteskalation zu stoppen, die letztendlich zur gegenseitigen Auslöschung führen kann.

Dies kann etwa der „Bewaffnungsreflex“ sein nach dem Motto „Wie du mir, so ich dir!“, was noch nie zur Verhinderung eines Kriegs geführt hat.

Ein anderer grundlegender Fehler sei es, die direkte Kommunikation abubrechen, was zu Fehldeutungen und häufig zu sich selbst erfüllenden Prophezeihungen führt.

Verbindungen, die noch zwischen den verfeindeten Parteien bestehen, z.B. in internationalen Organisationen, sollten genutzt werden, anstatt sie abubrechen.

Folie 21

Statt „Forderungen“ zu stellen, sollten „Angebote“ gemacht und verhandelt werden, was z.B. bei den Genfer Abrüstungsverhandlungen (zum Verbot atomarer Mittelstreckenraketen) nach jahrelangem Ringen zu einem Durchbruch geführt hat (1987).

Entscheider sollten nicht dämonisiert werden und Zugänge zu ihnen sollten genutzt werden, anstatt solche Kontakte zu tabuisieren oder zu unterbinden.

Wichtig ist auch, dass nicht pauschal das Volk (die „Russen“) zum Feind erklärt wird. Das Volk will den Krieg nicht.

Folien 22

Bedeutsam ist, dass es bereits ein friedensstiftendes Abkommen gibt, dem alle ukrainischen Konfliktparteien zugestimmt haben, nämlich das **MINSK-II-Abkommen vom Februar 2015**.

Ausgehandelt wurde es von Russland (Wladimir **Putin**), der Ukraine (Petro **Poroschenko**), Frankreich (Francoise Hollande) und Deutschland (Angela Merkel).

Folie 23

In diesem Abkommen wurden zahlreiche Maßnahmen vereinbart für die Befriedung der Region Donezk und Luhansk wie z.B.

- Waffenstillstand und Abzug schwerer Waffen unter OSZE-Überwachung
- Freilassung und Austausch der Gefangenen, Begnadigungen und Amnestie
- Dialog über die Modalitäten von Kommunalwahlen nach ukrainischem Recht
- Kontrolle über die Staatsgrenzen durch die ukrainische Regierung
- Verfassungsreform bis 2015, in der auch der **Sonderstatus der Regionen**

Luhansk und Donezk und die **Dezentralisierung der Ukraine** verankert wird.

Dieses Abkommen ist noch gültig, die Vereinbarungen wurden allerdings von allen Seiten nur teilweise oder gar nicht umgesetzt. Möglicherweise aufgrund des Reflexes „Wie du mir, so ich dir!“?

Das Abkommen könnte aber eine Grundlage sein, an das Verhandlungen über die Beendigung des Krieges anknüpfen könnten..

Folie 24

Nach dieser „Vorarbeit“ möchte ich nun den angekündigten Aktionsplan vorstellen, in dem sich viele der bereits gezeigten Widerstandsformen wiederfinden.

Bei dieser Übersicht ist der Schwerpunkt darauf gelegt, was das angegriffene Land selbst tun kann. Unterstützungsmöglichkeiten durch Drittländer werden nur kurz aufgelistet.

Im linken Kasten „Einstellung aller militärischen Kampfhandlungen“ werden die Möglichkeiten Sozialer Verteidigung zu Beginn bzw. für die einseitige Beendigung des Krieges aufgezeigt. Diese Maßnahmen betreffen vor allem die Regierungsebene des angegriffenen Staats.

Interessant und weithin unbekannt ist die Möglichkeit der Deklaration von Städten als „Unverteidigte Städte“, was sie nach dem Völkerrecht vor militärischen Angriffen schützt. Deshalb möchte ich diesen Punkt auf eine Extra-Folie noch etwas ausführen.

Folie 25

Die **Haager Landkriegsordnung von 1907** legt in **Artikel 25** fest:

„Es ist untersagt, unverteidigte Städte, Dörfer, Wohnstätten oder Gebäude, mit welchen Mitteln es auch sei, anzugreifen oder zu beschießen.“

Während des Zweiten Weltkriegs haben sich **Rotterdam 1940, Paris, Brüssel und Belgrad 1941, Rom 1943, Orvieto, Florenz und Athen 1944 etc.** zu **unverteidigten Städten** erklärt.

Norman Paech merkt dazu an:

*„Nicht immer hat diese Erklärung die Städte vor der brutalen Zerstörung durch die deutsche Armee bewahrt. So wurden **Rotterdam und Belgrad** von der deutschen Luftwaffe bombardiert.*

*Noch kurz vor Kriegsende im **April 1945 konnten sich zwei deutsche Städte, Ahlen und Gotha**, erfolgreich vor den Angriffen der Alliierten durch ihre Erklärung zu „offenen Städten“ schützen.*

***Magdeburg** hingegen erklärte sich am 7. April 1945 nicht zur „offenen Stadt“ sondern zur Festung, die sich bis zum letzten Blutstropfen verteidigen würde. Nach einem schweren Luftangriff 12 Tage später wurde die Stadt nahezu dem Erdboden gleichgemacht und von den Amerikanern besetzt.*

Norman Paech (9. März 2022)

1977 wurde dieses Konzept im 1. Zusatzprotokoll zu den Genfer Abkommen von 1949 in Artikel 59 fast wortgleich übernommen.

Folie 26

Der zweite Kasten rechts zeigt, wie die Gesellschaft als Ganzes ihr Leben im Rahmen ihrer eigenen Verfassung und Gesetze weiterführen soll.

Folie 27

In dieser zweiten, unteren Hälfte des Aktionsplans sind links die verschiedenen Widerstandsmaßnahmen aufgelistet, die vor allem auch von der Bevölkerung selbst umgesetzt werden können und müssen. Wir haben die Fotos aus dem Ukraine-Krieg bereits gesehen. Und in diesem Bereich ist noch eine Fülle von Maßnahmen denkbar, die auch schon in anderen Fällen ziviler gewaltfreier Verteidigung vorgekommen sind.

Was Drittländer von außen tun können, findet sich unter den beiden Kästen.

Im der rechten Hälfte sind schließlich die Bemühungen um Waffenstillstand, Rückzug der ausländischen Truppen und vertragliche Konfliktlösung aufgelistet.

Damit bin ich mit meinem Kurzvortrag am Ende.

Ich hoffe, dass die beiden Vorträge und der Aktionsplan einen spürbaren Impuls geben können, die Konzepte nicht-militärischer ziviler Verteidigung neu zu beleben und in die politische Diskussion einzubringen!

Damit alle Beteiligten eine Chance haben, das gegenseitige Morden und Zerstören zu beenden und in Würde zusammen zu leben.

Christoph Besemer
(25.5.2022, ergänzt am 1.6.2022)

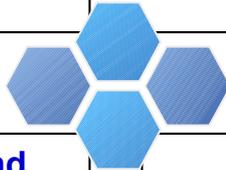
Aktionsplan für die sofortige Beendigung des Krieges

Einstellung aller militärischen Kampfhandlungen

- **Niederlegung der Waffen**
- Statt Kriegsrecht gilt das **Zivilrecht**
- **Kriegsverbrechen** werden vor den **zuständigen inter-/nationalen Gerichten** verhandelt und geahndet.
- Deklaration der Städte als „Offene Städte“ bzw. „**Unverteidigte Städte**“
→ Sie dürfen nicht angegriffen, beschossen oder bombardiert werden.
(Haager Landkriegsordnung 1907 + Genfer Abkommen 1949)

Fortführung des zivilen und politischen Lebens im Rahmen der Verfassung

- **Fortführung des zivilen gesellschaftlichen Lebens** im Rahmen der bestehenden Gesetze und der Verfassung
- **Weiterarbeit von Regierung und Verwaltung** im Rahmen der Verfassung
- **Nichtzusammenarbeit** bei gesetz- und verfassungswidrigen Eingriffen in die Souveränität des Landes
- **Aufrechterhaltung einer unabhängigen Berichterstattung** durch bestehende oder neue (Untergrund-)Medien



Aktiver gewaltfreier Widerstand gegen aggressive Eingriffe

- **Proteste, (Massen-)Demonstrationen**
- **Befehlsverweigerung, Streik, ziviler Ungehorsam**
- **Desorientierung, gewaltlose Sabotage**
- **Friedliche Blockaden und Besetzungen**
- **Gespräche/Überzeugungsarbeit +** moralisches Einwirken auf die Besatzer
- **Schutz gefährdeter Personen,** Flucht in sichere Gebiete/Länder

Verhandlungen Verträge abschließen

- Direkte oder indirekte **Verhandlungen**
- Unterstützung durch **externe Vermittler*innen**
- **Berücksichtigung der legitimen Interessen** der Konfliktparteien
- **Aufhebung der Sanktionen**
- **Wiederaufbau + Wiedergutmachung**
- **Humanitäre + wirtschaftliche Hilfe** von **Drittländern und NGOs**

Drittländer: Solidarität, politischer Druck, wirtschaftliche Sanktionen, Aufnahme von Deserteuren, Kriegsdienstverweigerern und Militärdienstflüchtlingen aus den angreifenden Ländern